



Expertin: Österreich sollte Interesse an einem sicheren Syrien haben

Rechtswissenschaftlerin Hussain rät zur Umsetzung von "Transitional Justice" - Sexuelle Gewalt als "Kriegswaffe" - Großmächte hätten kein Interesse Verbrechen zu untersuchen

"Da Österreich eine große Zahl syrischer Flüchtlinge aufgenommen hat, sollte es ein Interesse daran haben, sich auf internationaler Ebene für ein sicheres Syrien einzusetzen, in das die Flüchtlinge zurückkehren können", sagte Rechtswissenschaftlerin Dima Hussain, die unter anderem am European University Institute in Florenz tätig ist, im APA-Gespräch. Vor allem Frauen seien in Syrien großer Gewalt ausgesetzt und sexuelle Gewalt werde als "Kriegswaffe" genutzt.

In diesem Zusammenhang wäre laut Hussain, die sich am Mittwoch für eine Paneldiskussion des VIDC (Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation) rund um Friedenspolitik in Wien befand, die Umsetzung von "Transitional Justice" notwendig. Darunter versteht man diverse Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, in Diktaturen und Kriegen begangenes Unrecht aufzuarbeiten, anzuerkennen und zu ahnden. Denn ohne "Transitional Justice" werde sich die Gesellschaft in Syrien nicht stabilisieren.

"Ohne Rechenschaftspflicht, ohne Versöhnung und ohne die Förderung eines echten Dialogs zwischen den lokalen Gemeinschaften, die von einem Jahrzehnt-Bürgerkrieg betroffen sind, wird es immer wieder zu Gewaltausbrüchen kommen." Hussain, die selbst aus Damaskus stammt, ist der Meinung, die Rolle Österreichs bestehe darin, gemeinsam mit anderen Ländern "Transitional Justice" in Syrien voranzutreiben.

Sexuelle Gewalt und fehlende Rechenschaft

In Syrien werde sexuelle Gewalt vor allem gegenüber Frauen, aber auch gegen Kinder und Männer als "Kriegswaffe" eingesetzt, "um im Grunde die Gesellschaft zu unterwerfen", so die Expertin. "Was wir in diesem Zusammenhang beobachten, ist ein völliger Mangel an Rechenschaftspflicht. Wir haben das Assad-Regime, das schreckliche Verbrechen begangen hat" und nicht zur Rechenschaft gezogen werde. Syriens Langzeitmachthaber Bashar al-Assad war Anfang Dezember 2025 von einer Rebellenallianz rund um die Islamistengruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS) nach einem jahrelangen Bürgerkrieg gestürzt worden.

Die lokalen Behörden begingen aber "ähnliche Verbrechen", argumentierte die Expertin, beispielsweise im Rahmen eines Krieges gegen Minderheiten. Im März kam es zu weit verbreiteter Gewalt gegen die alawitische Minderheit und im Juli zu weiterer Gewalt gegen die Drusen." Auch hier wurden laut Hussain schreckliche Verbrechen begangen, wie Entführungen und Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen. "Aber sie scheinen nicht daran interessiert zu sein, Rechenschaft abzulegen, weder für ihre eigenen Verbrechen noch für die Verbrechen des Assad-Regimes."

Hussains Einschätzung nach gäbe es unterschiedliche Wege, diese Verbrechen zu ahnden: "Zum Beispiel über das Völkerrecht, wie den IStGH (Internationaler Strafgerichtshof), Ad-hoc-Tribunale (Anmerkung: zeitlich und räumlich begrenzte Sondergerichte), die im Fall Syrien aktiviert werden könnten, aber sie sind immer noch inaktiv, weil es den Großmächten, die in den Krieg in Syrien verwickelt sind, an Willen mangelt. Es liegt nicht in ihrem Interesse, diese Verbrechen zu untersuchen oder zu ahnden, weil sie hauptsächlich daran beteiligt sind."

Ausschluss von Frauen

Weiters sehe man laut Hussain, dass aufgrund der derzeitigen politischen Lage, die Partizipation von Frauen immer weiter abnehme. "Meine Schwiegermutter erzählt zum Beispiel immer, dass in ihrer Jugend die Beteiligung der Frauen am Stammesleben deutlicher zu spüren war als heute. Heute werden Frauen stärker aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen." Dies sei eine Auswirkung des Kriegsausbruches und der damit verbundenen Gewalt sowie mangelnden Sicherheit. Aber auch Armut und der mangelnde Zugang zu Bildung seien Gründe dafür.

Auch im politischen Aktivismus sei dies sichtbar. "Seit dem Beginn der Revolution gab es viele brillante Aktivistinnen, wie zum Beispiel Razan Zaitounh und viele weitere Frauen. Sie wurden zu Ikonen der syrischen Revolution." Frauen hätten sich bereits damals, trotz der schwierigen Situation, versucht "ihren eigenen Platz zu schaffen". Wenn man sich den Verlauf der letzten Jahre ansieht, "stellen wir fest, dass zu Beginn der Revolution, als sie noch friedlich war und die Gewalt noch nicht so extrem war, die Beteiligung von Frauen höher war. Als sie jedoch militarisiert und auch islamisiert wurde, ging die Beteiligung von Frauen zurück, da es für Frauen schwieriger wurde."

Skepsis bezüglich von "außen aufgezwungener" feministischer Konzepte

Von "außen aufgezwungene" feministische Konzepte und Beratungsgruppen sehe Hussain aber durchaus kritisch. "Und das ist auch meine fortwährende Kritik an den kriegesischen Rahmenbedingungen des Westens. Wie ich bereits sagte, hat die syrische Revolution tatsächlich brillante Frauen hervorgebracht, die von der syrischen Gemeinschaft sehr respektiert werden. Ich denke, es wäre besser, mit diesen Namen zu arbeiten."

Hussains Meinung nach wäre es vorteilhafter, jene Ressourcen zu aktivieren, "das würde tatsächlich zu besseren Ergebnissen führen und mehr Resonanz bei den lokalen Gemeinschaften finden. Wenn sich der Westen einmischt, finden die Namen, die dort genannt werden, keinen Anklang bei den Menschen." Es gehe vielmehr darum, die Gemeinschaft zu verstehen und mit dem zu arbeiten, was bereits vorhanden ist, anstatt Rahmenbedingungen von außen aufzuzwingen.

(Das Interview führte Katharina Pagitz/APA)

fpk/ed

Syrien